

Pankow ohne Perspektiven

Grotewohl vermochte nichts Tröstliches zu sagen

Seit langem ist es in der Sowjetzone Sitte, den „Tag der Republik“ mit einem „kleinen Rechenschaftsbericht“ der SED-Regierung und einigen hoffnungsfrohen Zukunftspräsen einzuleiten. Auch das achte Jahr dieses Regimes begann mit einer solchen Rede Grotewohls. Diesmal fiel das betrübliche Jubiläum der deutschen Spaltung in eine Zeit großer politischer Vorgänge. Der Zusammenschluß Westeuropas macht große Fortschritte, im Ostblock gibt es Auflockerungserscheinungen, die mit der Entstalinisierung in Zusammenhang stehen. Den aggressiven Reden sind friedvollere gefolgt, in der Bundesrepublik wird ernsthaft die Technik der Wiedervereinigung diskutiert. Was aber hat uns in dieser Phase der SED-Ministerpräsident Grotewohl zu sagen?

Grotewohls Rede stand unter dem Motto „Für den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland“. Das war bereits vom Thema her eine Absage an die Wiedervereinigung. Das, was die SED unter „Sozialismus“ versteht, wird und kann es nie in „ganz Deutschland“ geben.

Die von Grotewohl dessenungeachtet erneut betonte Forderung nach Verhandlungen zwischen „Volkskammer“ und Bundestag ist damit zur Farce geworden. Die SED ließ keinen Zweifel daran, daß ihrer Meinung nach eine Wiedervereinigung nur im Falle einer Verpflanzung des ostdeutschen Systems in die Bundesrepublik in Frage kommt.

Im alten Gleis

Grotewohl legte aber auch Wert auf die Feststellung, daß die SED auf dem gleichen wirtschaftlichen Wege weitermarschieren werde wie seither. Für viele Gutgläubige verblüffend gab er zu, daß die SED ihren Investitionsplan für die Schwer- und Grundstoffindustrie auf 144 Prozent erhöht. Was das heißt, welche Entbehrungen für die Bevölkerung damit verbunden sind, vermag sich auch der nicht ökonomisch vorgebildete Zonenbewohner auszumalen.

Die Konsequenzen werden auch gleich von Grotewohl dargelegt: 1. Die Reste der Rationierung werden „in nicht ferner Zeit be-

seitigt“. Hier verschwieg Grotewohl nur, daß die SED den ursprünglichen Termin dafür, nämlich den 1. Januar 1957, um vorerst vier Monate verschieben mußte. Und daß es äußerst unsicher ist, ob die Zonenregierung bis dahin die benötigten Lebensmittelmengen für die Staatsreserve in den Ostblockstaaten aufkaufen kann. 2. „Die Werktätigen in allen Gruppen und Berufen mögen sich darüber klar sein“, sagte Grotewohl, „daß im gegenwärtigen Augenblick eine strenge, disziplinierte Haltung in allen Lohnfragen erwartet wird. Das heißt: Nehmt Abschied von den versprochenen Lohnerhöhungen, die SED kann — trotz den sowjetischen Milliardenkrediten — dies Versprechen nicht einhalten. Weil sie alles Geld in die Schwerindustrie hineinpulvern muß!“

Welche

„Errungenschaften“?

Das mag für viele eine bittere Enttäuschung bedeuten. Viele aber haben vielleicht diese Passagen der Grotewohl-Rede gar nicht so recht mitbekommen? Die Presse hat es wohlweislich vermieden, sie hervorzuheben, und — wer liest sich schon so eine lange „Geburtstagsrede“ aufmerksam durch?

Aber Grotewohl hat uns auch noch einmal die „Errungenschaften“ des SED-Regimes demon-

striert: 1. Die Vereinigung der KPD und SPD — sagte er — sei die grundlegende historische Tat gewesen, auf der man die „DDR“ aufbauen konnte. Schuf aber nicht erst dieser Schritt die Ein-Parteien-Diktatur der SED und ermöglichte nicht diese wiederum erst die spätere Diktatur der SED-Regierung? 2. In den volkseigenen Betrieben fand die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ihr Ende, sagte Grotewohl. Das ist nicht wahr, denn mit der staatlich gelenkten Ausbeutung hat sich nur der Personenkreis der Ausbeuter geändert. Und jene, die früher gegen die „Ausbeutung“ zu kämpfen vorgaben, haben sich inzwischen als die erbarmungslosesten Antreiber und echten Ausbeuter erwiesen. 3. Das kapitalistische Bildungsmonopol wurde beseitigt, sagte Grotewohl. Soweit es so etwas gegeben hat, vermochte die SED es durch ein neues Bildungsmonopol, das der Funktionärschicht nämlich, zu übertrumpfen. 4. Den Frauen wurde die Gleichberechtigung gesichert, sagt Grotewohl. Man frage die sowjetzonalen Frauen, ob sie unter dem SED-System, unter dieser Form der „Gleichberechtigung“, die man besser „Gleichbeanspruchung“ nennen sollte, glücklich geworden sind!

Mit solchen Reden ein achties Jahr zu beginnen, ist kein Grund zum Fröhlichsein. Grotewohl aber hatte nichts Tröstlicheres zu berichten. Er weiß, daß die nächsten Jahre noch mehr Entbehrungen und Anstrengungen von der Bevölkerung verlangen. Die Wiedervereinigung, von ihm demagogisch im Munde geführt, steht in Wirklichkeit als drohender Schatten hinter ihm. Nur sie aber vermag uns wiederum bessere Perspektiven zu bieten.

Die Weimarer „Kontakte“

DT. Für die parlamentarischen Vertreter der FDP, die das Wochenende im Gespräch mit ihren illegitimen Verwandten von der LDP verbracht haben, war die Fahrt nach Weimar fast eine Entdeckungreise. Sie haben nämlich festgestellt, daß die beiden Parteien „keine gemeinsamen geistigen und politischen Grundlagen mehr haben“. Um eine solche Entdeckung zu machen, braucht heute eigentlich kein westdeutscher Politiker eine Erkundung bei den Funktionären der DDR zu unternehmen. Bei einigem Nachdenken kann diese Einsicht mit Hilfe logischer Schlußfolgerung aus wohlbekanntem Tatsachen auch in der Ferne gewonnen werden. Die akustische Nähe unmittelbaren Gespräches ist auch nicht notwendig, um festzustellen, daß es zwischen der FDP und der LDP nicht einmal eine gemeinsame Sprache mehr gibt. Wir haben sie erfreulicherweise noch gemeinsam mit den deutschen Menschen der Zone, mit denen wir hier in Berlin täglich sprechen. Nicht mehr gemeinsam haben wir sie dagegen mit den Funktionären des kommunistischen Systems, in das heute auch die ihrem Namen nach nicht-kommunistischen Parteien vollkommen „integriert“ sind. Wir ziehen es vor, mit Moskau selbst zu sprechen, und wir erwarten von Bonn, daß das mehr und anders als bisher auch geschieht.

Um zu verständlichen gesamtdeutschen Gesprächen zu gelangen, müssen wir zunächst wohl wieder eine gemeinsame Sprache haben. In diesem Sinne können die von der FDP gesuchten Kontakte einen wichtigen Fortschritt bringen, wenn es ihr gelingen sollte, die LDP dahin zu bringen, daß sie selbst sich von den Fesseln befreit, die ihr die kommunistische Diktatur angelegt hat: Von dem Zwang zur verfassungswidrigen Einheitsliste, von dem Verzicht auf jede selbständige Politik und von der Verpflichtung, in allen Reden, Handlungen und Gebärden den Musterschüler der kommunistischen Umerziehung zu

spielen. Wenn die nichtkommunistischen Parteien auf diese Weise ihre verfassungsmäßigen Rechte ausüben, dann ist der Weg zu einer Partnerschaft gesamtdeutscher Gespräche und sogar zur Wiedervereinigung der Deutschen sicher geebnet.

Buchenwald übrigens, wo die Vertreter der FDP zum Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors Kränze niederlegten, war nicht nur ein nationalsozialistisches, sondern auch ein kommunistisches Konzentrationslager. Es wurde neben anderen Einrichtungen dieser Art 1945 von den Sowjets einfach übernommen und mit neuen Insassen fortgeführt, von denen viele Tausende elend umgekommen sind. Man muß das wissen, wenn man diese Stätte des Grauens besucht. Unsere Scham für das, was dort im Namen Hitlers geschehen ist, kann nicht groß genug sein; aber wir wollen auch derer gedenken, die dort die Opfer Stalins geworden sind.

Merkwürdiges Schweigen

DT. Dichter Nebel zwischen Adria und Schwarzem Meer; die dortigen Wettermacher unterlassen geflissentlich eine aufklärende Erhellung. Das ist verdächtig. Die lapidaren jugoslawischen Erklärungen, Titos Reise zur Krim und Chrustschows Reise nach Brioni seien private Jagd- und Erholungsausflüge gewesen, sind gelinde gesagt eine Mißachtung des Interesses, das die Welt an der Fortentwicklung des jugoslawisch-sowjetischen Verhältnisses nehmen muß: weil es hier weit über kommunistische Parteifragen hinaus um das Schicksal des Balkans und Osteuropas geht und vor allem natürlich um die künftige außenpolitische Position eines Landes, dem trotz kommunistischer Führung Wohlwollen, Hilfe und Geld gegeben worden sind. Übrigens nicht nur von den USA, sondern im Rahmen eines Wiedergutmachungsvertrages nun ebenfalls von der Bundesrepublik.

Auch die in Belgrad veröffentlichten „Leitsätze“ für die Zusammenarbeit der kommunistischen und sozialistischen Parteien sind keine Erklärung,

sondern lediglich Wiederholungen alter jugoslawischer Thesen. Allerdings wird Belgrad früher oder später doch gezwungen sein, das verdächtige Schweigen um die Tito-Chrustschow-Besuche zu brechen — vorausgesetzt, daß Moskau damit nicht zuvorkommt. Denn wenn Tito über die unmittelbar bevorstehende amerikanische Weizenlieferung hinaus weiter von der Auslandshilfe Washingtons profitieren will, muß er seine außenpolitische Unabhängigkeit von Moskau klarstellen. Die Frage ist, wie er das tun wird, ob erst auf dem jugoslawischen KP-Kongreß, der bis Jahresende abgehalten werden soll, oder durch direkte Informierung des US-Botschafters.

Eine Klärung ist um so notwendiger, als die Jugoslawen selbst die Urheber gewisser Gerüchte gewesen sind, die der dringenden Aufklärung bedürfen. Es muß daran erinnert werden, daß aus Belgrader Kreisen jene Behauptung in die Öffentlichkeit lanciert wurde, wonach Chrustschow starken Attacken der Altstalinisten unter Molotow ausgesetzt sei und man deshalb den Moskauer Parteichef „nett“ behandeln müßte. Vielleicht sollte damit das westliche Mißtrauen gegen Titos freundschaftliches Gebaren gegenüber Chrustschow entkräftet werden; vielleicht auch ist unter diesen Umständen westlicherseits tatsächlich manches in letzter Zeit unterlassen worden. Aber es bleibt eben dieses Vielleicht, auf dem sich keine Außenpolitik der westlichen Welt aufbauen läßt und das auch nicht ausreicht für eine außenpolitische Schwenkung des Westens. In echter Mittlerrolle zur Aufklärung der sowjetischen Zustände und Absichten beizutragen, wäre Titos große Aufgabe. Solange er sich aber in merkwürdigem Schweigen gefällt, bewirkt er das Gegenteil.

Wer übt eigentlich auf wen einen Druck aus? Man muß sich jetzt diese Frage stellen. Drücken die Sowjets auf Tito, sich weiter vom Westen zu entfernen und seine liberal-kommunistischen Forderungen für die übrigen Ostblock-Staaten zu zügeln, oder drückt umgekehrt Tito unnachgiebig auf die Sowjets, den Ostblock-Staaten

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag auf die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Pankow verschärft Gnadenpraxis

Ein Geheimerlaß Hilde Benjamins

Berlin (Eigenmeldung). Ein vom sowjetzonalen Justizminister Hilde Benjamin unterzeichneter geheimer Runderlaß an die Staatsanwaltschaften und Bezirksgerichte der Sowjetzone weist diese an, in Zukunft weniger Begnadigungen vorzunehmen und zu befürworten als bisher. Zur Begründung für diese Verschärfung der Gnadenpraxis werden die Unruhen in Posen angeführt. Diese hätten, so schreibt Frau Benjamin, gezeigt, daß „Milde gegenüber Klassenfeinden“ leicht zur Gefährdung der „sozialistischen Errungenschaften“ des Regimes führen könnten. Deshalb wird angeordnet, jedes Gnadengesuch generell einer strengeren Prüfung zu unterziehen, als dies in der letzten Zeit der Fall gewesen sei. Durchschnittlich dürfen in jedem Bezirk nur noch höchstens 50 Prozent der Begnadigungen des letzten Jahres vorgenommen werden.

Entsprechend dieser neuen Dienstanweisung wurden bereits in den letzten Wochen zahlreiche Gnadengesuche in allen Bezir-

Der Bundestag in Berlin

Es waren Arbeitssitzungen, keine „Festrede“

DT. Zum zweitenmal hielt das deutsche Bundesparlament eine Arbeitstagung in Berlin ab. Die Betonung liegt auf „Arbeitstagung“. Die Abgeordneten unternahmen also keinen Berlin-Ausflug. Sie gestatteten sich auch nicht eine Woche lang Ferie vom Ich. Im Gegenteil: die Bonner Arbeit wurde in Berlin fortgesetzt — und das ist etwas sehr Natürliches und gar nichts Besonderes. Es wird damit im übrigen veranschaulicht, daß sich eines Tages die parlamentarische Tätigkeit von Bonn ohne weiteres endgültig bleibend auf Berlin übertragen läßt.

Arbeiten, aber keine Festrede — erklärte Bundestagspräsident Gerstenmaier bei seinem Eintreffen. Das ist genau das, was man in Berlin erwartete, zumal so am besten die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Berlin und der Bundesrepublik demonstriert wird: Die Zeit, in der die gegenseitigen

Bekanntnisse notwendig waren, wurde abgelöst durch die Epoche des ständigen Wissens uneinander, aus dem sich die Verpflichtung zum Füreinander ergibt. Dieser Realität haftet nichts Pathetisches mehr an. Längst vorbei ist die Zeit, da die Fahrt von Bonn nach Berlin als Abenteuer empfunden wurde. Der herzliche Empfang der Abgeordneten ist deshalb auch weit weniger der Empfang von auswärtigen Gästen, als vielmehr der von alten Bekannten in ihrer Gesamtheit — wofür es übrigens keiner besonderen Plakatbegrüßung oder gar Begrüßungspräsentie in Form von Kugelschreibern und Lottoscheinen bedarf.

Berlins Bevölkerung ist mit der Tätigkeit des Bundestages sicherlich nicht weniger vertraut als die irgendeines Ortes auf bundesrepublikanischem Boden. Deshalb wirkt hier die Tagung auch keinesfalls sensationell. Andererseits besteht keine Gefahr, daß sich die Sitzungen des Bundestages und seiner Ausschüsse in Berlin zu einer bloßen Routineangelegenheit ohne besonderen Wert entwickeln können: der Standort des parlamentarischen Geschehens hat seine Bedeutung! Die Themen der Tagesordnung können zwar im Bonner Bundeshaus genauso ausgiebig diskutiert werden wie im großen Hörsaal der Berliner TU, aber da Abgeordnete mehr sind als Facharbeiter, bedürfen sie der politischen Impulse „an Ort und Stelle“.

Der Vordergrund dieser Arbeitswoche war Berlin, der unmittelbare dichte Hintergrund die Zone. Mit Kabinettsbildung, Koalitionsgesprächen, Wahltaktik hat das nur scheinbar nichts zu tun. Zumindest aber wird dadurch erneut die Rangordnung der zu lösenden Probleme sehr präzise klargestellt. Mehr als im Plenum wurde in diesen Tagen in Wandelgängen diskutiert und in Fraktionszimmern beschlußgefaßt. Daß dies im Zeichen fortwirkender Information und Konstruktion geschieht, die Berlin ermöglicht, gab der politischen Woche ihre besondere Bedeutung.

ken der Sowjetzone abschlägig beschieden. Typisch für die von den Justizbehörden erfolgten Ablehnungen ist folgendes Schreiben des Bezirksgerichts Leipzig I. Strafsenat, in dem die von Hilde Benjamin vorgeschriebenen Motive ganz offen zugegeben werden:

„Der ... hat sich nicht nur als Rädelführer beim faschistischen Putschversuch schlechthin beteiligt, sondern seine strafbaren Handlungen lassen genau erkennen, daß es ihm nicht darauf ankam, wirkliche Verbesserungen für die werktätigen Menschen zu erreichen. Die in der Volksrepublik Polen, in Poznan, vorgefallenen Ereignisse zeigen eindeutig, daß keineswegs die Gefahr völlig ausgeschlossen ist, daß ernste Versuche von den Gegnern unseres Arbeiter- und Bauernstaates gemacht werden, um ihre alte Macht wiederherzustellen. Daher liegen nach eingehender Überprüfung der Strafsache zur Zeit die Voraussetzungen zur Gewährung der bedingten Strafaussetzung nicht vor.“

Richter neuer DGB-Vorsitzender

Gewerkschaften wollen aktiver werden — Die nächsten Ziele

Hamburg (AP). Der am Sonnabend neugewählte 62jährige DGB-Vorsitzende Willi Richter hat angekündigt, daß der DGB-Vorstand seine Aktivität in nächster Zeit verstärken will. Auf seiner ersten Pressekonferenz sagte Richter, dies werde sich vor allem in einer vermehrten Agitation, in der Bemühung um einen stärkeren Einfluß auf Wirtschaftsleben und Gesetzgebung sowie in der Gewinnung von Helfern bei Kirchen, Ärzten und der Presse zeigen.

Richter, der bisherige Leiter der Sozialabteilung im DGB-Vorstand, war auf dem 4. DGB-Bundeskongreß mit 373 von 394 abgegebenen Stimmen für die nächsten drei Jahre zum Repräsentanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewählt worden. Seine Stellvertreter wurden Georg Reuter und Bernhard Tacke. Ferner gehören dem insgesamt neunköpfigen DGB-Vorstand Ludwig Rosenberg, Werner Hansen, Hermann Beermann, Kurt Stühler, Waldemar Reuter und als einzige Frau Maria Weber an.

Auf der Pressekonferenz betonte Richter, daß für die künftige Gewerkschaftsarbeit die Tagesprobleme wie Verwirklichung der 40-Stunden-Woche und Lohn- und Rentenerhöhung „vordringlich“ gelöst werden sollten. Dabei sollten allerdings Grundsatzfragen, wie die Forderung, die Grundstoffindustrie in Gemeineigentum zu überführen, nicht vernachlässigt werden.

In seiner Schlußsitzung hatte der DGB-Kongreß vor dem Wahllakt feierlich ein „Manifest zur Wiedervereinigung“ einstimmig beschlossen, wonach eine Kommission bis zum 1. Mai 1957 Gewerkschaftsvorschläge für die Wiedervereinigung erarbeiten soll. Eine Zusammenarbeit mit dem FDGB der Zone lehnte der DGB eindeutig ab.

Der Lebenslauf

Der neue Bundesvorsitzende Richter ist seit 43 Jahren in der Gewerkschaftsarbeit tätig. Am 1. Oktober 1895 in Frankfurt am Main geboren, wurde er 1921 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe und Verwaltungen seiner Vaterstadt. Später wurde er als Nachfolger von Wilhelm Leuschner Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für den Bezirk Darmstadt. 1933 von den Nationalsozialisten fristlos entlassen,



Willi Richter

war er nach dem Zusammenbruch am Wiederaufbau der Gewerkschaft in Hessen beteiligt.

Polizei unterstützte Aufständische

Milde Urteile im Posener Prozeß

Posen (DPA). Im dritten Posener Aufständischenprozeß berichtete der 19jährige ehemalige Straßenbahnschaffner Bulczynski, daß er am 28. Juni in das Gebäude des Stadtrats eingedrungen sei und den Vorsitzenden bei einem Telefongespräch mit Ministerpräsident Cyrankiewicz angetroffen habe. Der Vorsitzende habe gesagt: „Herr Cyrankiewicz, wenn Sie nicht heute nachmittag nach Posen kommen, kann ich nicht für die Folgen einstehen.“

Der Angeklagte gab dann zu, daß er bei dem Angriff auf zwei Polizeiwachen beteiligt war und daß er Waffen gestohlen und Eisenbahnzüge am Ausfahren gehindert hatte. Er sei auf einen Lastwagen mit Polizisten gestiegen und habe ihnen zugerufen, daß sie auch streiken sollten, da sie ebensowenig verdienten wie er und die anderen,

„Berliner Meilenstein“ in Goslar

Goslar (AP). Frau Hanna Reuter hat in Goslar einen von privater Seite gestifteten „Berliner Meilenstein“ enthüllt, der eine Bronzeplakette mit dem Bildnis Ernst Reuters und die Zahl der Kilometer zwischen Goslar und Berlin trägt. In der Feierstunde erinnerte die Mitarbeiterin Ernst Reuters, Frau Luise Schroeder, an die großen Verdienste, die sich Ernst Reuter um die Freiheit Westberlins insbesondere während der Berliner Blockade erworben hat.

Mehr Sowjettruppen in Polen?

London (DPA). Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ berichtete, daß die sowjetischen Truppen in Polen in den letzten drei Monaten mehr als verdoppelt worden seien. Nach den Informationen des Blattes, die von anderer Seite bisher nicht bestätigt wurden, soll die Zahl der in Polen stationierten Sowjetdivisionen von drei auf sieben erhöht worden sein, was einer Verstärkung um 80 000 Mann entspreche. Drei der neu eingetroffenen Divisionen seien aus der Sowjetzonenrepublik verlegt worden, die vierte komme aus der Sowjetunion.

„Ohne weitere Überredung sind die Polizisten vom Wagen abgestiegen.“

Bulczynski gab dann im weiteren Verlauf seiner Vernehmung an, zusammen mit 70 oder 80 Demonstranten ein Waffenlager in einer landwirtschaftlichen Schule gestürmt zu haben. Die Bevölkerung habe dazu „Bravo“ gerufen.

Der erste Prozeß gegen Teilnehmer an dem Aufstand ist am Montag mit der Urteilsverkündung beendet worden. Zwei Angeklagte, denen die Ermordung eines Polizeibeamten zur Last gelegt worden war, erhielten je vierzehn Jahre Gefängnis, ein dritter wurde zu vier Jahren verurteilt. Die Strafen sind, gemessen an der bisherigen Praxis östlicher Gerichte, ausgesprochen milde.

So sind sie wirklich:

Mit Orden auf die Abschußliste

Stillschweigend hat in diesen Wochen ein neuer Mann den Sessel des Chefredakteurs im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ bestiegen: Hermann Axen, bisher 2. Sekretär der Ostberliner Bezirks-Parteiorganisation. Viele erfuhren es erst, als Axen zum „Tag der Republik“ den Vaterländischen Verdienstorden in Silber umhangen bekamen. Die Eingeweihten durften schmunzeln: Für sie war Axen auf den gefürchtetsten „Abschußposten“ der Partei gerückt. Hier wurde ein Lex Ende „liquidiert“, hier stürzte ein Rudolf Herrnstadt in die Vergessenheit. Die Parallele ist nicht von ungefähr: Axen — Prototyp des jüngeren „Bonzen“ — verdankt es nur seiner ungeheuren ideologischen Wandlungsfähigkeit, daß er bis heute politisch am Leben bleiben durfte. Er ist das „enfant terrible“ des Apparats, gerüstet mit dem seltenen Geschick, immer das Falsche zur falschen Stunde zu tun...

Mit roter Milch genährt

Axen hat den Kommunismus mit der Muttermilch eingesogen. Am 6. März 1916 als Sohn eines Leipziger Altkommunisten geboren, wurde er bereits mit zwölf Jahren Mitglied der „Kinderfreunde“, um zwei Jahre später in den Kommunistischen Jugendverband (KJV) überzugehen, für den er bereits als Sechzehnjähriger in hauptamtlicher Funktion agierte. 1934, mit 18 Jahren, wurde er als Flugblattverteiler verhaftet und mit drei Jahren Zuchthaus bestraft. Aus der anschließenden „Sicherheitsverwahrung“ im KZ Buchenwald befreite ihn der Hitler-Stalin-Pakt: Axen wurde über die gleiche Grenze abgeschoben, die deutsche Antifaschisten, von Stalin an Hitler ausgeliefert, in umgekehrter Richtung passierten. An heidem, an der „Sicherheitsverwahrung“ der Nazis und am Auslieferungsinteresse Moskaus war Ulbricht schuld: Hermann Axen war der Sohn eines seiner ältesten Kampfgefährten...

Axen brachte es in Moskau bis zum Lehren an der Frunse-Akademie, die damals haupt-

HERMANN AXEN

sächlich Kominternagenten für ihren Heimatsinsatz schulte. Später agitierte er in Antifalagern unter deutschen Kriegsgefangenen. Er fiel auf, als er guten Glaubens für die Erschießung aller deutschen Ostfront-Generale plädierte. Sein Pech war, daß gerade in Moskau das „Nationalkomitee“ gebildet wurde.

„Genosse Panne“

Seit dieser Zeit nennen sie ihn in der Partei den „Genossen Panne“. Trotzdem kehrte er mit den ersten KP-Emigranten nach Berlin zurück. Hier bildete er die „Antifaschistischen Jugendausschüsse“ und wurde zum eigentlichen Begründer der FDJ. In drei FDJ-Zentralräten stiftete er durch abwechselnd linksradikale oder reformistische Theorien Verwirrung, um schließlich 1949 nach einem Zwischenspiel als Chefredakteur der FDJ-Funktionärszeitung „Junge Generation“ dem Jugendleben Valet zu sagen. Die Abteilung „Massenagitation“ der Ostberliner SED gab dem „Berufs-jugendlichen“ Axen eine Chance, die dieser rasch zum Aufstieg

Krone erwartet positive Antwort

Bonn (DPA). Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, hat in Bonn im Zusammenhang mit der Annahme der Moskau-Einladung durch den Bundestag die Erwartung ausgesprochen, daß die Antwort der sowjetischen Regierung auf die letzte Deutschlandnote der Bundesregierung positiv beantwortet wird. Die CDU/CSU-Fraktion habe ihre Zustimmung in der Hoffnung ausgesprochen, daß mit einer positiven Beantwortung der Note jener Gedankenaustausch eingeleitet wird, der eine Einigung der vier Mächte über eine Wiedervereinigung zu fördern vermag.

in das SED-Zentralkomitee nutzte.

Im ZK war Axen Chef aller Agitationsinstrumente der Partei, ihm unterstand das gesamte Pressewesen. Der 17. Juni brach auch ihm das Genick. Vor den Arbeitern der Baustelle Block 40 in der Stalinallee, von denen der Aufstand ausgegangen war, mußte er kapitulieren. Die Partei schob ihn ab, als 2. Ostberliner Bezirkssekretär.

„Krawalle“ in Westberlin

Nur die in zwei Generationen gefestigte Freundschaft Ulbrichts ermöglichte es Axen, trotzdem weiter Mitglied des Zentralkomitees zu bleiben. In der Berliner SED-Arbeit tendierte Axen eine Zeitlang zum „Spezialisten für Westberliner Politik“. Während der Berliner Viererkonferenz war er es, der den Plan ausheckte, Westberlin durch „Krawallbrigaden“ aufzuweichen. Die Aktionen gegen Paketabholer, die FDJ-Einmärsche in Westberlin und zahlreiche ähnliche Husarenstücke waren Kinder seiner Phantasie, bis er sich nach den letzten Westberliner Wahlen von seinen eigenen Genossen sagen lassen mußte, daß dies eine unfruchtbare und doch recht dumme Taktik sei.

Prompt wendete Axen um 180 Grad und verlangte nun, die SED solle die Westberliner Parteiorganisation als selbständige Gruppe ähnlich der KPD erklären. Das wiederum wurde ihm als „Sektierertum“ sehr übel vermerkt. Nun hat ihn der 1. Ostberliner SED-Sekretär Alfred Neumann dorthin abgeschoben, wo sich schon andere das parteitreue Genick gebrochen haben. Im SED-Zentralorgan hat Axen wenig Spielraum für eigenwillige Ausflüge in die Politik. Und es gibt nicht wenige, die Axens ersten dertartigen Ausflug und — dessen Folgen erwarten...

Markiger Blödsinn- sozialistische Schnulzen

FDJ-Barde wird von seinen Dichterkollegen ausgepunktet

Wer einmal FDJler singen hörte — ohne alte Spanienlieder zu vernehmen —, mag sich über das seltsam gereimte Zeug gewundert haben, das diese ohne Zaudern über die Lippen brachten. Hätte man nach dem Dichter gefragt: In 50 von 100 Fällen wäre die Antwort „Armin Müller“ gewesen. Was dieser auf einer SED-Dichterschule in Bad Saarow gezüchtete Barde seit 1948 produzierte, ging selbst hartgesottenen SED-Literaten auf die Nerven. So kam es dieser Tage zum unausbleiblichen Skandal: Der 28jährige FDJ-Chefdichter mit einem Monatseinkommen — samt Tantiemen — von etwa 7000 Ostmark wird „fertiggemacht“, von seinen eigenen Kollegen. In der Absicht, die scheinbar antistalinistische Konjunktur auszunutzen, ist Müller ins Fettnäpfchen getreten.

Man muß wissen, daß dieser Armin Müller zu Beginn seiner phantastisch anmutenden Karriere 19 Jahre war. Ein kleiner Büroangestellter und Sonntagsdichter wurde von seinen FDJ-Freunden in die „Dichterschule“ delegiert, um dort durch fundierter Parteichinesisch angenehm aufzufallen. Die „Junge Welt“ druckte seine ersten Gedichte, der damalige FDJ-Chef Honecker protegierte ihn, und ein halb beustigter, halb ängstlicher Verlagschef druckte 1949 seinen ersten Band: „Hallo! Bruder aus Krakau!“

„An jenem Morgen voller Blässe...“

Es war ein tolles Zeug, was Müller in Verse warf: „Ich weiß eine Wiese, / blüht keine wie diese / in unserem Lande so schön. / Dort fand ich die Meine / im Grase alleine / im Wald auf den Thüringer Höhn...“ Es war das Gegen-gewicht zur „Thälmann-Brigade“, die „Schnulze nach Maß“. Müller wurde die parteigerechte Mischung aus Heideröschchen und Brigadenfeiß: „Hei, ich hör' den Hammer sausen, / in den Adern tut's mir brausen, / Kinder, ist das ein Gefühl!“

Im März 1958 avancierte Müller, nachdem er kurz zuvor mit einer Kirmes-Geschichte durchgefallen war, auf die erste Seite der sowjetmatischen „Täglichen Rundschau“: „An jenem Morgen voller Blässe, es war der sechste Märztag...“ Stalin war gestorben. Müller ließ chinesische Kinder weinen und afrikanische Löwen in Versen brüllen: „Ein Schmerz, von keinem je zu nennen, / dies Leid kennt unsre Sprache nicht, / durch wache Nächte wird er brennen, / und bleibt unsagbar im Gesicht!“ Von da an war Müllers Lyrik

nicht mehr aufzuhalten. Als im Westen der FDJ-Chef Jupp Angenfort verhaftet wurde, dichtete Armin „Für Mia und Jupp“: „Am Stadtrand die alte Laterne / erinnert sich noch daran, / wie unter dem Giebel der Sterne / die Liebe der beiden begann...“ 700 000 „Junge-Welt“-Leser dürften der gereimten Familiengeschichte der Angenforts teilhaftig werden, und erstmals fragten sich die Zentralratsfunktionäre: „Können Schnulzen Schaden stiften?“

Beditet und u. k.-gestellt

Mit der Armee kam die neue Dichter-Konjunktur. Armin besang sie in besten Tönen, „Abschied von der Mutter“ wurde das Standard-Lied. In vier langen Strophen nimmt der Poet Abschied von der Mutter, um zum „Tuch des Volks“ zu eilen: „Ihm soll mein ganzes Herz gehören, / und drohen Neider, waffenschwer, / will ich den Eid der Kämpfer schwören, / zum Buch gesellt sich das Gewehr!“ Eine peinliche Szene in Stalin-stadt bewirkte, daß sich Müller anläßlich eines Massen-Mee-tings, bei dem dies Lied erklang, tatsächlich freiwillig zur KVP melden mußte. Ein gütiges

Geschick oder vielmehr die Berufung auf einen „gerade begonnenen Roman“ stellte ihn u. k. „Unabkömmlich“ sang er weiter: „Wind in den Gardinen / weht ein Lied herein... / wer will nicht verdienen / Glück und Brot und Wein?“

Auf dem letzten Schriftstellerkongreß bekam er einen gewaltigen Schuß vor den Bug. Die Verleger wurden vorsichtig: Räsch tritt der Parteiod den fortschrittlichen Menschen an. Müller, siegesgewiß, versuchte es unbefangen bei der Kulturbundzeitung „Sonntag“. Frei nach Majakowski reimte er seine Abkehr von Stalin, seltsam verworren in die Geschichte einer „jugendlichen Liebe“ gekleidet: „Der Zweifel mähte / mit schmerzender Sichel / Strophe um Strophe mir...“

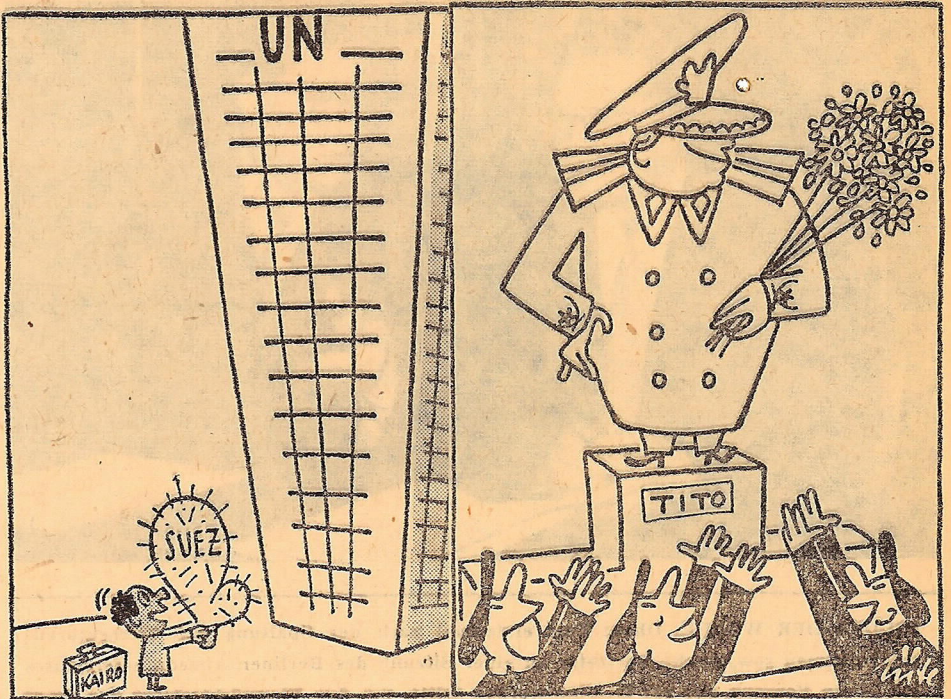
Das war zuviel. Die SED-Dichter drohten ihn zu zerreißen. Einer, der fast gleichaltrige Günter Kunert, charakterisierte ihn mit beißendem Hohn: „Wie macht man Dichter?“ „Muffigkeit und Provinzialismus“, schrieb Kunert, kennzeichneten Müllers FDJ-Lyrik, fremd sei ihm die Sache, die er verrete. Müller rannte zum Zentralrat der FDJ: „Für euch habe ich gedichtet, mein Herzblut vergossen!“ Und die waren plötzlich alle verweist. Nun irrt Armin Müller vereinsamt durch den ostzonalen Dichterwald und hört die Eulen des schadenfrohen Schriftstellerverbandes rufen. Dieser nämlich hat sich die „Gesammelten Werke“ Müllers vorgenommen und will nun prüfen, wer für die Drucklegung solchen Blödsinns verantwortlich ist. Obwohl der Verband — will man der Wahrheit die Ehre geben — daran gar nicht so unschuldig ist.

Dehler will Hamann verteidigen

Er meldete sich in der Zone als Anwalt an

Bonn (AP/DPA). Der FDP-Bundsvorsitzende Dr. Dehler hat sich jetzt bei den Justizbehörden in der Sowjetzone als Rechtsanwalt angemeldet, um Personen, die in der Sowjetzone aus politischen Gründen inhaftiert sind, zu verteidigen. Gleichzeitig hat auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Stammberger die Verteidigung für eine Reihe von Inhaftierten in der Sowjetzone übernommen.

Wie von FDP-Seite in Bonn mitgeteilt wurde, will sich Dehler insbesondere für die Freilassung des seit 1952 in der Sowjetzone inhaftierten ehemaligen LDP-Vorsitzenden Dr. Karl Hamann und dessen ebenfalls verhafteter Tochter einsetzen. Dehler reiste im Wagen zu den Bundestagsitzungen nach Berlin und machte dabei aus „privaten Gründen“ in Erfurt, Weimar und Naumburg Station.



„Ich hab' dir aus Ägypten einen Kaktus mitgebracht...“

„Miss Kommunist“

Merkwürdiges Schweigen

(Fortsetzung von Seite 2)

eine weitere Übernahme und Nachahmung der titostischen Errungenschaften zu gestatten? Zwischen diesen Extremen irgendein Kompromiß, eine Übereinkunft oder akzeptable Lösung zur Beruhigung zu finden, wird das jugoslawisch-sowjetische Bemühen gewesen sein.

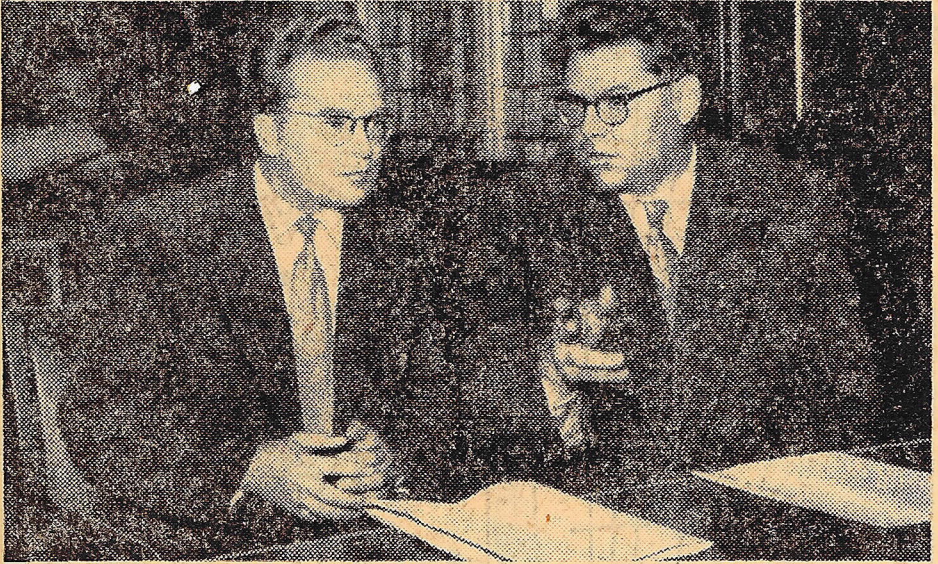
Immerhin wird man sich weiter besuchen, Ungarns KP-Chef sowie der Ministerpräsident werden auch nach Belgrad fahren. Das könnte als Erfolg Titos gewertet werden, weil es bisher sowjetische Politik war, gerade die ungarisch-jugoslawische Grenze dicht zu halten, um Ungarn nicht noch mehr den titostischen Verlockungen auszusetzen. Und schon erhebt sich

wieder die Gegenfrage: Hat Tito klein beigegeben mit einer ideologischen Selbstbeschränkung und vielleicht sogar mit der Bereitwilligkeit, sich einem neu zu formierenden „liberalisierten“ Kominform ein- und unterzugliedern? Wenn Jugoslawien tatsächlich zu einem Reiseland für Ostblock-Kommunisten würde, wofür manches spricht, so würde diesen Jugoslawien zwar nicht als Schaufenster des Westens dargeboten, wohl aber als Land, das sich durch seinen sowjet - unabhängigen Kurs westlicher Hilfe erfreut. Und solche Hilfe hätten vor allem Ungarn und das notleidende Polen am nötigsten. Dieser Faktor muß besonders berücksichtigt werden, wenn der Westen die festgefahrene Ostpolitik wieder in Bewegung bringen will.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Fempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH



BILDER DER WOCHE. Oben: Zum erstmalig nach der Spaltung der Viersektorenstadt nahmen sowjetische Vertreter an einer Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses teil — ein Vorgang, der zur Routine werden sollte, um den Viermächtestatus der Stadt zu unterstreichen. Unser Bild zeigt: Protokollchef Walkow (links) und Pressechef Beburow von der Sowjetischen Botschaft. — Unten: Der „Gesamtdutsche Tisch“ der FDP und LDP in Weimar blieb ohne Erfolg. Von links nach rechts: Gerlach, Agsten und Wertmann von der LDP, Döring, Scheel und Mende von der FDP.

